Die Linke.-Fraktion · Postfach 103564 · 50475 Köln

An den Oberbürgermeister
Herrn Torsten Burmester

An den Ausschussvorsitzenden
Herrn Dr. Ralf Heinen

Rathaus, Spanischer Bau
50667 Köln
Postanschrift:
Postfach 103564 · 50475 Köln
Tel: 0221/221-27840 · Fax: 0221/221-27841
E-Mail: DieLinke@stadt-koeln.de
Fraktionsvorstand

Eingang beim Amt des Oberbürgermeisters: 15.10.2026

AN/1634/2026

Änderungs- bzw. Zusatzantrag gem. § 13 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Jugendhilfeausschuss	16.10.2026

Veränderungsnachweis der Fraktion Die Linke zum Haushaltsplanentwurf 2027/28

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrter Herr Ausschussvorsitzender,

die Fraktion Die Linke bittet Sie, folgenden Änderungsantrag zum Haushaltsplanentwurf 2027/28 auf die Tagesordnung der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 16. Oktober 2026 zu setzen.

Beschluss:

Zum Haushaltsplanentwurf der Verwaltung werden die Änderungen gemäß Anlage, ausschließlich die gelb gefärbten Zeilen, beschlossen.

Begründung:

Die Linke wendet sich gegen die heftigen Kürzungen, die im Entwurf für den Doppelhaushalt 2027/2028 geplant sind. Durch die Bank werden Strukturen beschädigt oder in ihrer Existenz gefährdet, die für das Leben von Kölner Kindern und Jugendlichen bedeutsam sind, egal ob sie in Köln geboren oder nach Köln geflüchtet sind. Vulnerable Gruppen und Kinder aus Familien mit geringen eigenen Ressourcen werden von den Folgen besonders betroffen sein. All das, was mit diesem Haushalt weggekürzt wird, wird nicht wiederkehren, denn solche Strukturen wachsen erst über Jahre und Jahrzehnte.

Auch unter finanziellen Gesichtspunkten ist dieses Vorgehen nicht überzeugend. Das gilt zum einen auf der Ebene der einzelnen betroffenen Organisation. In vielen Fällen hängt an den städtischen Fördergeldern die Möglichkeit, zusätzliche Mittel von Stiftungen oder staatlicher

Fördertöpfe einzuwerben. Der Schaden ist daher schnell ein Mehrfaches der städtischen Kürzungen – für die Organisation und auch für Köln.

Das gilt aber auch für die Kölner Finanzen insgesamt, denn: **Der Kölner Haushalt lässt sich nicht gesundkürzen!**

Bildungsangebote helfen Kindern und Jugendlichen dabei, ihr Leben in die Hand zu nehmen und befriedigend zu gestalten. Dabei brauchen benachteiligte Schüler*innen besondere Unterstützung. Wir wollen demzufolge Angebote für alle Schüler*innen und Jugendliche ausbauen wie den Schulpsychologischen Dienst oder die kulturpädagogische Jugendarbeit. Schulen mit vielen sozio-ökonomisch benachteiligten Kindern werden wir besonders unterstützen, etwa durch Zuschüsse für die Offene Ganztagsgrundschule oder mehr Schulsozialarbeit.

Angebote speziell für **Familien mit wenig Geld** müssen erhalten bleiben. Mit der Einschulungsbeihilfe können sich auch arme Familien einen guten Schulranzen leisten. Sie beugt der Stigmatisierung von Armut vor. Die Über-Mittag-Betreuung (ISBA) von Kindern ohne Ganztagsschulplatz sorgt bei diesen überwiegend sozio-ökonomisch benachteiligten Schüler*innen nicht nur für Hausaufgabenhilfe, sondern auch für ein warmes Mittagessen.

Ferienangebote sollen ganz wegfallen; die Gelder für die Stadtranderholung 2028 fast halbiert werden. Damit bleiben viele Kinder und Jugendliche, deren Eltern sich einen Urlaub nicht leisten können, in den Ferien auf sich allein gestellt.

Jugendzentren sind Orte, an denen Kinder und Jugendliche unabhängig von ihren Familien Raum und Orientierung bekommen. Sie dürfen nicht eingespart, sondern müssen sukzessive ausgebaut werden. Diesen Weg wollen wir am Kölnberg und einem weiteren benachteiligten Stadtteil weitergehen.

Der Ansatz für **Demokratiearbeit** soll 2028 nur noch ein Drittel dessen betragen, was 2026 dafür ausgegeben wurde. Angesichts des Erstarkens des Rechtsextremismus und der Tatsache, dass über 50 % der Kölnerinnen und Kölner unter 18 Jahren eine internationale Familiengeschichte haben, ist das unverständlich.

Auch von **pädagogischer Arbeit** muss man (gut) leben können. Wir möchten raus aus dem öffentlichen Lohndumping an Offenen Ganztagsgrundschulen, wollen die Kulturpädagogik der Offenen Kinder- und Jugendarbeit gleichstellen und Pflichtpraktika in der Sozialen Arbeit so entlohnen, dass sie nicht zur Schuldenfalle für Studierende werden.

Mit freundlichen Grüßen

Gez.
Dr. Günter Bell
Fraktionsgeschäftsführer